

Leserbriefe

Absurd, ungerecht und verfassungswidrig

Zur Volksinitiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung.

Eine Extrawurst für Steuerzahler – nur weil sie sehr reich und Ausländer sind? Das ist doch ein Hohn! Die Pauschalbesteuerung, die man schon längst hätte abschaffen müssen, ist absolut ungerecht und auch nicht rechtens. Der Gegenvorschlag will zwar in dieser Richtung etwas tun und ein bisschen mehr Steuergerechtigkeit schaffen, ist aber

vor aussehbar, wenig tauglich und fast wirkungslos. Der Gegenvorschlag wurde hauptsächlich aus taktischen Gründen lanciert – um der mehr als berechtigten Initiative den Wind aus den Segeln zu nehmen und deren Chancen beim Urnengang zu vermindern.

Die Pauschalbesteuerung, die schon einige Kantone mit guten Gründen abgeschafft haben, ist und bleibt ein klarer Verstoß gegen die Rechtsgleichheit. Er verstößt klar gegen den verfassungsmässigen Grundsatz der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Es ist schon eigenartig, dass ausgerechnet jene Leute, die an Ausländern kaum je einen guten Faden lassen, diese grobe Ungerechtigkeit einfach stillschweigend hinnehmen, gutheissen, ignorieren und sich sogar mit grossflächigen Inseraten für die Beibehaltung der Steuerprivilegien für Privilegierte einsetzen. Unglaublich, aber wahr. Deshalb am 11. März ein überzeugtes Ja zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung!

Vitus A. Ehrenbolger, Hergiswil

Ende der Diskussion

Mit den heutigen Beiträgen beenden wir wie üblich die Diskussion zu den Abstimmungsvorlagen vom 11. März.

Es werden keine weiteren Leserbriefe mehr zu diesen Themen veröffentlicht.

Redaktion WB



Tierisch ernst genommen...

Interessante Geschöpfe

Zum Artikel «Der tierische Treffpunkt am Schalttag» zum «World Wolponomic Forum – WWF» vom 29. Februar in Zell. WB vom 28. Februar.

Den am 28. Februar vom «Willisauer Boten/Wiggertaler Boten» publizierten Bericht betreffend dem «World Wolponomic Forum – WWF» in Zell haben wir mit grossem Interesse gelesen. Dieser Anlass im Luzerner Hinterland – er besitzt mindestens nationale Bedeutung – war uns eine Reise wert.

Wir und die anderen Besucherinnen und Besucher aus nah und fern wurden durch eine sehr gute Organisation auf höchstem Niveau überrascht. Neben den fachlich sehr fundierten Erläuterungen von Prof. Dr. Waldvogel hat sich

auch der Präses mit einigen tiefgründigen Gedanken vernehmen lassen. Zudem wurde mittels eines bundesrätlichen Beispiels allen Anwesenden die Ev(io)lution bildlich nähergebracht. Als Anregung gilt anzumerken, dass sich der schweizerische Tierschutz auch den Welpertingern annehmen könnte, zumal die meisten dieser doch sehr interessanten Geschöpfe alleine und meist ohne Auslauf gehalten werden.

Soweit ist also alles klar. Falls nicht beziehungsweise so oder so: Das nächste WWF findet am 29. Februar 2016 in Zell statt.

Regula und Eugen Studer, Müswangen

Eine riskante EU-Brandmauer

Wenn die «Neue Zürcher Zeitung» am letzten Freitag die EU-Geldpolitik mit «Fehler auf Fehler» betitelt, so zeigen sich allein in dieser Sparte mögliche neue Schwachstellen im beschleunigten Brandmauer-Bau der EU-Länder, welcher mit der Unterzeichnung eines Fiskalpaktes am Samstag unter Dach kam. Ob nun die Banken die Staatsverschuldungen retten, oder die EU-Staaten ihre Banken, bleibt einerlei, es geht so oder so zulasten aller EU-Bürger, welche dazu nicht befragt werden.

Nicht nur die fiskalische Konstruktion ist riskant, sondern noch viel mehr die porösen politischen Materialien und Bauteile, die zu dieser neuen Brandmauer verwendet wer den. Dies befürchtet nicht nur ein Grossteil der Wirtschaftsweisen in den massgebenden

EU-Staaten, sondern dies zeigen auch die Erfahrungen mit den früheren politischen Machträgern, wo heute jederzeit Veränderungen möglich sind.

Wer erinnert sich nicht, wie seinerzeit SPD-Bundeskanzler Schröder, und Amtskollegen in Frankreich und Italien, die bestehenden Spar- und Defizitvorschriften leichtfertig aufgaben? Umso mehr fragt man sich heute, ob sich dies mit einem schwankenden Sarkozy in Frankreich und der bröckelnden Koalition in Deutschland nicht bald wiederholen könnte. Wenn das Volk der EU-Länder ernsthaft zu spüren bekommt, wie leichtfertig ihre Regierungen die Notenpressen anwerfen und Schuldenausweitungen vorantreiben, so könnte der Geduldsfaden reissen und zu un-

schönen Ausbrüchen wie in Griechenland eskalieren. Wie wenig Vertrauen in die erneuten Lippenbekenntnisse der Politiker zur Defizitverhinderung existiert, zeigt sich am typischen Verhalten der Rating-Agenturen, wo trotz Unterzeichnung des neuen EU-Finanzpaktes weiter nach unten gefahren wird. Die kompetenten Bewerter lassen sich eben nicht täuschen, wie das einfache Fussvolk.

Seien wir froh, dass die Schweizer Schuldenbremse von einer intakten Konkordanz-Regierung anno 2003 als dringend erkannt und über Jahre durchgezogen wurde, obwohl dies damals parlamentarische Links-Kräfte ernsthaft infrage stellten.

Hans Isenschmid, Egolzwil

Wichtiger Raumplanungsentscheid



Vor gut einer Woche, am 27. Februar, hat in Bern die Frühlingssession begonnen. In der ersten Sessionswoche sind bereits einige wichtige Entscheide gefällt worden. So hat der Nationalrat bei der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes eine Kehrtwende gemacht und ist der griffigeren Version des Ständerates gefolgt. Auch der Nationalrat befürwortet nun die Erhebung einer Mehr-

verfolgt, betrifft es uns in den Gemeinden doch sehr direkt. Verschiedene Luzerner Gemeinden fordern schon lange eine Mehrwertabschöpfung. Damit könnten sie einerseits Eigentümer entschädigen, wenn sie Land zurückzonen möchten, andererseits auch Infrastrukturaufgaben finanzieren, die sie infolge von Einzonungen haben. Leider hat der Kanton Luzern bis heute nicht die rechtliche Grundlage für eine derartige Abgabe im Planungs- und Baugesetz geschaffen. Mit dem revidierten Raumplanungsgesetz des Bundes wird nun auf übergeordneter Ebene eine für alle Kantone geltende Verpflichtung eingeführt.

Auf dem Weg zur Weissgeldstrategie

Grosses Medieninteresse haben das Steueramtshilfegesetz und das Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA hervorgerufen. Nachdem der Nationalrat im Steueramtshilfegesetz die Voraussetzungen für den erleichterten Informationsaustausch bei Steuerdelikten geschaffen hat, befasste er sich mit der Frage, ob die Schweiz den USA in Fällen von Steuerhinterziehung auch bei sogenannten Gruppenanfragen Amtshilfe leistet. Mit dieser Regelung im Doppelbesteuerungsabkommen Schweiz – USA würden die Chancen für eine Globallösung im Steuerstreit erhöht.

verständlichen Weissgeldstrategie eine erfolgsversprechende Zukunft hat. Denn wenn die Schweiz weiterhin auf Schwarzgeld setzt und Steuerfluchtspolitik begünstigt, dann gefährdet dies nicht nur den Werkplatz Schweiz, sondern schadet auch langfristig dem Finanzplatz. Mit der Absicht, eine Abkehr der Banken vom Geschäft mit unversicherten Vermögen zu erwirken, wird endlich der längst fällige Paradigmawechsel eingeleitet.

Kommission Wirtschaft und Abgaben

Zu Beginn der neuen Legislatur konnte ich von der Sicherheitspolitischen Kommission in die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) wechseln. Topmotiviert habe ich die neue Aufgabe angepackt, denn in den WAK-Themenbereichen kann ich meine Kenntnisse und Erfahrungen direkt einbringen. So befasste ich mich nun mit Steuerdossiers, mit Fragen der Wirtschaftsförderung, der Konjunktur- und Währungspolitik sowie mit Landwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen und Wettbewerbspolitik.

In dieser Frühlingssession stehen einige WAK-Geschäfte auf der Traktandenliste. Bereits in der ersten Woche hat der Nationalrat eine Mehrwertsteuervorlage beraten und knapp abgelehnt. Damit wäre die Hotellerie entlastet worden, indem sie befristet von der Mehrwertsteuerpflicht für Beherbergungsleistungen befreit werden

sollte. Das Parlament anerkannte die Probleme der Tourismusbranche wegen des starken Frankens, erachtete die Massnahme jedoch als unwirksam, bürokratisch aufwendig, und lehnte diese Bevorzugung einer einzelnen Branche ab.

Vom Parlaments-zum Volksentscheid

Bestimmte Geschäfte müssen nach den Beratungen des Parlaments den Stimmberechtigten zum Entscheid vorgelegt werden. Am kommenden 11. März befindet die Schweizer Bevölkerung über fünf Bundesvorlagen, nebst allfälligen kantonalen und kommunalen Geschäften. Dabei kommen die drei Initiativen «Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen», «Bauspar-Initiative» und «6 Wochen Ferien für alle», das Bundesgesetz über die Buchpreisbindung sowie der Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke zur Abstimmung.

Speziell ist dieses Mal, dass es bei einer Vorlage keine Empfehlung des Parlamentes gibt. Üblicherweise steht im Abstimmungsbüchlein, ob Bundesrat und Parlament Zustimmung oder Ablehnung empfehlen. Dieser Hinweis fehlt bei der Bauspar-Initiative. Die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat hatte das Vorhaben unterstützt, die Mehrheit im Ständerat votierte jeweils dagegen. Die Diffe-

renz zwischen den beiden Räten blieb bis zum Schluss, so dass für das Geschäft die Einigungskonferenz einberufen werden musste. Sie beschloss Ablehnung, was der Nationalrat nicht guthiess. Schlussendlich gab das Parlament keine Abstimmungsempfehlung zur Initiative. Der Bundesrat jedoch lehnt die Bauspar-Initiative ab, da sie sehr gut Verdienende zusätzlich steuerlich bevorzugt und Mieterinnen und Mieter benachteiligt. Nun haben die Stimmberechtigten das letzte Wort.

Zum Schluss noch dies...

Parlamentsmitglieder erhalten sehr viel Post, nicht nur von der Bundesverwaltung, sondern auch von Organisationen, Unternehmen, Verbänden etc. Jüngstes Beispiel ist ein Gutschein für einen IQ-Test! Da teilt uns eine Organisation in einem Brief mit, dass 2 Prozent der Bevölkerung einen Intelligenzquotienten (IQ) von 130 oder mehr besitzen, so dass, statistisch gesehen, von den 246 Parlamentsmitgliedern 5 Personen ebenfalls einen solchen IQ haben sollten. Und das will diese Organisation nun testen, selbstverständlich absolut vertraulich. Es sollen keine Informationen an die Öffentlichkeit gelangen. Nun, ich verzichte dankend, im Bewusstsein, dass ich nun nicht weiss, ob ich ganz Hundert, darunter oder darüber, bin...

Prisca Birrer-Heimo, Nationalrätin SP, Rothenburg

Brief aus Bern

wertabgabe von 20 Prozent bei Neueinzonungen von Bauland. Weiter unterstützt er, dass Bauzonenreserven höchstens für 15 Jahre reichen sollen und überschüssige Bauzonen reduziert werden müssen. Noch bleiben einige Differenzen zum Ständerat, doch die Chancen für ein Ja in der Schlussabstimmung sind intakt. Kommt das revidierte Raumplanungsgesetz in dieser Form durch, so haben die Initianten der Landschaftsinitiative einen Rückzug ihres Begehrens in Aussicht gestellt.

Ich habe die Debatte um das Raumplanungsgesetz mit grossem Interesse